

# Forderungen zur Landtagswahl

**Rheinland-Pfalz**

**2026**

Psychische Gesundheit stärken und schützen

# DGPPN-Forderungen

## zur Landtagswahl 2026 in Rheinland-Pfalz

Psychische Erkrankungen sind Volkskrankheiten und stellen eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit dar. Anlässlich der anstehenden Landtagswahl 2026 plädiert die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) dafür, in **Rheinland-Pfalz** dem Ansatz „Mental Health in all Policies“ zu folgen, also politikfeld- und ressortübergreifende Maßnahmen zu gestalten. Denn psychische Gesundheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

### **Für die psychiatrische Versorgungslandschaft hat die DGPPN ein Zielbild vor Augen:**

- Eine zielgruppengerechte Prävention und Aufklärung, die informiert und gegen Stigmatisierung wirkt
- Eine Forschungspolitik, die die Erforschung der psychischen Gesundheit schwerpunktmäßig fördert
- Eine Versorgung, die setting- und sektorenübergreifend funktioniert und den klinischen ambulanten sowie stationären Bereich und die Eingliederungshilfe aufeinander abstimmt
- Eine Behandlung, die Teilhabe ermöglicht, Selbstbestimmung sowie Selbstwirksamkeitserwartung stärkt und Zwang vermeidet

### **Für die Erreichung dieser Ziele fordert die DGPPN für die kommende Wahlperiode:**

- Förderung der Prävention psychischer Erkrankungen sowie den Aufbau von Früherkennungs- und Frühbehandlungszentren
- Stärkung der sektorenübergreifenden Behandlung
- Bessere Finanzierung psychiatrischer Leistungen und Bürokratieabbau
- Förderung der Forschung zu psychischer Gesundheit
- Unterstützung von Menschen mit psychischen Erkrankungen in der Transitionsphase
- Förderung von digitaler Teilhabe und Selbsthilfestrukturen

# 1. Prävention

## Förderung der Prävention psychischer Erkrankungen

Psychische Erkrankungen gehören in Deutschland zu den häufigsten Erkrankungen und können zu großem Leid, Behinderung und frühzeitigem Tod führen.

- Die DGPPN fordert, mehr für die Vorbeugung (Prävention) psychischer Erkrankungen und die Resilienz zu tun. Dies sollte über die Lebensspanne erfolgen, beginnend in Kitas und Schulen bis hin ins hohe Lebensalter.
- Dazu gehört auch die Schaffung und Unterstützung von gesundheitsfördernden Bedingungen in den Lebenswelten der Menschen aller Altersgruppen, die Entwicklung digitaler Gesundheitsangebote, um viele Menschen zu erreichen, aber auch Maßnahmen zur Vorbeugung des Drogenkonsums, z.B. Cannabis.

## Förderung von Früherkennungs- und Frühbehandlungszentren

Viele psychische Erkrankungen können in ihrem Verlauf und ihren psychosozialen Folgen deutlich positiv beeinflusst werden, wenn sie früh erkannt und früh behandelt werden. Dies kann auch Gewalttaten infolge psychischer Erkrankungen präventiv verhindern.

- Die DGPPN fordert die flächendeckende Einrichtung von Früherkennungs- und Frühbehandlungszentren, insbesondere für junge Menschen, sowie die Einrichtung von Präventionsambulanzen für psychisch kranke Straftäter, angelehnt an das bayerische Modell.
- Die DGPPN fordert die Stärkung von Weiterbildungsinhalten für Erzieherinnen und Erzieher in Kindertagesstätten zum Thema Psychische Gesundheit im Kindesalter.
- Die DGPPN fordert die flächendeckende Etablierung eines Programms zur Förderung psychischer Gesundheit an Schulen.

# 2. Versorgung

## Stärkung der sektorenübergreifenden Behandlung

Die wirksame Behandlung psychischer Erkrankungen sowie die psychosozialen Hilfen sind immer noch durch die Sektorengrenzen zwischen stationärer, teilstationärer und ambulanter Behandlung sowie Zuständigkeitsabgrenzungen schwer beeinträchtigt.

- Die DGPPN fordert die Einrichtung von flächendeckenden, sektorenübergreifenden Behandlungsmöglichkeiten durch die Einführung von Globalbudgets (§64b).
- Die DGPPN fordert eine flächendeckende regionale Versorgungsverpflichtung in der Akutbehandlung und durch die verbindliche Zusammenarbeit im gemeindepsychiatrischen Verbund eine regionale Pflichtversorgung in der Eingliederungshilfe.

## Finanzierung psychiatrischer Leistungen und Bürokratieabbau

Leistungen der Psychiatrie und Psychotherapie sind immer noch nicht auskömmlich finanziert. Darüber hinaus verschlechtert die zunehmende Bürokratie die Qualität der Patientenversorgung. Dazu bedarf es Initiativen der Landesregierung auf Bundesebene.

## → 2. Versorgung

- Die DGPPN fordert daher eine Initiative der Landesregierung auf Bundesebene zur auskömmlichen Finanzierung aller stationären, teilstationären und ambulanten psychiatrischen Leistungen, sowie mehr Ressourcen für die Behandlung von Patientinnen und Patienten durch vereinfachte und reduzierte Nachweispflichten.
- Die DGPPN schlägt die Einrichtung von Vorhaltepauschalen für psychiatrische Kliniken mit Pflichtversorgung analog den somatischen Kliniken vor.
- Die DGPPN tritt ein für eine gemeinsame Planung psychosomatischer und psychiatrischer Behandlungskapazitäten (Modell Nordrhein-Westfalen), um die Versorgung psychisch kranker Menschen vor dem Hintergrund des demographischen Wandels sicherzustellen.
- Die DGPPN fordert ein Hinwirken der Landesregierung auf Bundesebene zur weiteren Stärkung aufsuchender Behandlungen im SGB V und SGB IX.

### **Erhalt des psychiatrischen Direktzugangs in einem Primärversorgungssystem**

Psychische Erkrankungen stellen besondere Anforderungen an die Versorgung. Ein verpflichtender primärärztlicher Erstkontakt kann gerade für Personen mit Sorge vor Stigmatisierung eine zusätzliche Hürde darstellen.

- Die DGPPN fordert eine Initiative der Landesregierung auf Bundesebene für eine Ausnahmeregelung vom verpflichtenden Primärversorgungssystem für Fachärzte für Psychiatrie und Psychotherapie.

### **Nachwuchsförderung für das Fach Psychiatrie und Psychotherapie**

Der Fachkräftemangel bleibt nicht im hausärztlichen Bereich stehen; auch die Fachärzte für Psychiatrie und Psychotherapie sehen sich einem zunehmenden Personalengpass gegenüber.

- Die DGPPN fordert daher die finanzielle Förderung der ambulanten psychiatrischen Weiterbildung entsprechend dem Hausärztemodell sowie die finanzielle Förderung der Weiterbildung im stationären Bereich.
- Die DGPPN fordert die Erhöhung der Medizinstudienplätze an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz durch gesetzliche und/oder finanzielle Maßnahmen der Landesregierung sowie durch die Weiterentwicklung der Medizincampus-Standorte.

## 3. Forschung

### Förderung der Forschung zu psychischer Gesundheit

Bereits im Koalitionsvertrag von 2021 war die Förderung der Forschung zur psychischen Gesundheit einer der Schwerpunkte der Landesregierung.

- Die DGPPN fordert die Landesregierung auf, diesen Schwerpunkt fortzusetzen, mit geeigneten Maßnahmen zu unterfüttern und zu einem Landesschwerpunkt mit einem Fokus auf translationale Forschung zu psychischer Gesundheit auszubauen.

### Auswertung der Daten zum Zwangsregister RLP

In Rheinland-Pfalz wurde wegweisend ein Register zur Erfassung von Zwangsmaßnahmen in psychiatrischen Kliniken aufgebaut.

- Die DGPPN fordert, die Daten wissenschaftlich aufzuarbeiten und für eine verbesserte Versorgung der Patientinnen und Patienten zu nutzen.

## 4. Teilhabe und Inklusion

### Unterstützung von Menschen mit psychischen Erkrankungen in der Transitionsphase

Viele psychische Erkrankungen entstehen im Kindes- und Jugendalter und haben Auswirkungen bis ins Erwachsenenalter. Die Transitionsphase als der Übergang zwischen beiden Altersphasen schafft aufgrund des Wechsels der Kostenträger und der Zuständigkeiten aber oft erhebliche Probleme in der Behandlungskontinuität.

- Die DGPPN fordert daher die Unterstützung der Landesregierung bei der Einrichtung von Transitionsambulanzen und entsprechenden settingübergreifenden Behandlungszentren.

### Stärkung psychosozialer Versorgung geflüchteter Menschen

Mindestens 30 % der Menschen mit Fluchterfahrungen benötigen nach internationaler Studienlage potenziell psychiatrisch-psychotherapeutische Hilfe. Zur Vermeidung wiederkehrender Krisensituationen und der Chronifizierung des Krankheitsbildes bedarf es einer psychosozialen Versorgung geflüchteter Menschen.

- Die DGPPN fordert die auskömmliche Finanzierung psychiatrisch-psychotherapeutischer Sprechstunden in Erstaufnahmeeinrichtungen.
- Die DGPPN fordert eine Initiative der Landesregierung gegenüber der Bundesregierung mit dem Ziel, die Mittel für das Bundesprogramm des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) für die Betreuung und Beratung Geflüchteter zu erhalten.

## → 4. Teilhabe und Inklusion

### Förderung von „Housing first“-Projekten

Angesichts des kontinuierlich wachsenden Bedarfs an geeigneten Wohn- und Betreuungsangeboten für Menschen mit chronischen psychischen Erkrankungen braucht es einen bedarfsgerechten Ausbau entsprechender Wohn- und Betreuungseinrichtungen.

- Die DGPPN fordert die modellhafte Förderung von sogenannten „Housing first“-Projekten durch die Landesregierung.

### Stärkung des Zugangs zum Hilfesystem

In den unterschiedlichen vorhandenen Versorgungs- und Hilfesystemen für Menschen mit Beeinträchtigungen müssen psychische Erkrankungen besser abgebildet werden.

- Die DGPPN fordert eine Initiative der Landesregierung auf Bundesebene hinsichtlich der adäquateren Abbildungen der Beeinträchtigung durch psychische Erkrankungen in den Kriterien der Beantragung eines Pflegegrades und des Grades einer Behinderung.

### Stärkung von Teilhabechancen

Im Bemühen um die chancengleiche Teilhabe Betroffener am Leben in der sozialen Gemeinschaft hat sich ein Paradigmenwechsel hin zum Empowerment vollzogen. Aus diesem Grund braucht es Strukturen, die von einer Kultur des Ermöglichens getragen sind.

- Die DGPPN fordert den Ausbau ambulanter Rehabilitationsangebote für psychisch kranke Menschen.
- Die DGPPN fordert die flächendeckende Stärkung von *Supported-Employment*-Ansätzen.
- Die DGPPN fordert eine Initiative der Landesregierung im Bundesrat zur flächendeckenden und verpflichtenden Nutzung des Gemeinsamen Grundantrags für die Beantragung aller Reha- und Teilhabeleistungen.

## 5. Selbstbestimmung

### Förderung von digitaler Teilhabe

Die digitale Teilhabe ist für viele Menschen mit psychischen Erkrankungen erschwert.

- Die DGPPN fordert die Förderung von Modellprojekten, um die digitale Teilhabe benachteiligter Menschen mit psychischen Erkrankungen zu stärken.

### Förderung der Selbsthilfe

Selbsthilfe ist ein elementarer Bestandteil der Behandlungsangebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen. Gleichzeitig existieren Selbsthilfegruppen meist nur aufgrund des privaten Engagements einzelner Betroffener.

- Die DGPPN fordert aus diesem Grund die Förderung und die finanzielle Unterstützung von Selbsthilfegruppen.

**DGPPN**

Deutsche Gesellschaft  
für Psychiatrie und Psychotherapie,  
Psychosomatik und Nervenheilkunde e.V.

Geschäftsstelle  
Reinhardtstraße 29  
10117 Berlin  
T 030 2404 772-0  
F 030 2404 772-29  
E sekretariat@dgppn.de

**dgppn.de**